



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mitbestimmung der Beschäftigten der Landesstraßenbaubehörde sichern

Antrag Fraktion DIE LINKE – **Drs. 7/1040**

Der Landtag möge beschließen:

Transparenz herstellen und Mitbestimmung der Beschäftigten der Landesstraßenbaubehörde sichern

1. Der Landtag bekräftigt seinen Beschluss Drs. 7/975 „Auftragsverwaltung für Bundesfernstraßen beibehalten und Transparenz beim Aufbau der Bundesinfrastrukturgesellschaft schaffen“.
2. Der Landtag begrüßt und unterstützt die Bemühungen der Landesregierung, die Beschäftigten der Landesstraßenbaubehörde über alle personalrelevanten Entwicklungen transparent zu informieren.
3. Der Landtag unterstützt die von den Personalvertretungen der Straßenbauverwaltungen der 16 Bundesländer geäußerten Forderungen nach einer sofortigen und intensiven Einbeziehung beim anstehenden Umstrukturierungsprozess der Bundesfernstraßenverwaltung.
4. Der Landtag unterstützt ausdrücklich die Forderungen, die der Wahrung der Interessen der Beschäftigten dienen.

Begründung

Die Einrichtung einer Bundesinfrastrukturgesellschaft und der damit verbundene Übergang an Personal von den Landesstraßenbaubehörden bedürfen der Transparenz und der Mitbestimmung der Beschäftigten. Beides muss zwingend und umgehend auch vonseiten des Bundes hergestellt werden.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN